

URL: [http://www.fr-aktuell.de/ressorts/wirtschaft\\_und\\_boerse/wirtschaft/?cnt=805881](http://www.fr-aktuell.de/ressorts/wirtschaft_und_boerse/wirtschaft/?cnt=805881)

## Selbsthilfe oder Selbstbedienung

### Hohe Verbandskosten lösen heftige Kritik der Mitglieder aus - das Beispiel Deutsche Parkinson Vereinigung

VON ROLAND BUNZENTHAL

Eine solch heiße Diskussion hat das Internet-Forum der virtuellen Selbsthilfegruppe Parkinsonline (Paol) noch nie erlebt. In mittlerweile 250 Beiträgen laufen die 130 Mitglieder Sturm gegen ihren eigenen Verband: Teils sachlich mit Zahlen aus den Rechenschaftsberichten, teils emotional wird der Deutschen Parkinson Vereinigung (dPV) Klügelwirtschaft und Verschwendung von Beitrags- und Spendenmitteln vorgeworfen. "57 000 Euro Miete für diese wenigen Räume? Aber noch doller: 50 000 Euro Reisekosten? Wer reist denn da so viel?", fragt ein Paol- und dPV-Mitglied im Forum. "Wichtig erscheint mir die Durchschaubarkeit der Finanzen bei einer solchen Organisation zu sein", wirft ein anderer Schreiber ein.

### Heftige Auseinandersetzung

"Was mich am meisten aufregt, ist, dass es genug kranke Mitglieder gibt, die am Rande der Existenz leben müssen", schimpft eine andere. "Vor diesem Hintergrund halte ich die Verwaltungskosten für schlichtweg verfehlt." 60 Prozent der Einnahmen verschlinge die Zentrale; Tendenz steigend. "Ist es nicht so, dass hier Selbsthilfe mit Selbstbedienung verwechselt wird?" Auslöser für die Debatte war eine Anfrage der *Frankfurter Rundschau* bei der dPV nach den Finanzen des 23 000 Mitglieder zählenden Verbandes. Ein *FR*-Leser und dPV-Mitglied, hatte einen Verlust der Gemeinnützigkeit befürchtet - wegen des "zu hohen Geschäftsführer-Gehaltes". Die Zentrale reagierte sofort: Sie drohte ihm mit einer Verleumdungsklage.

Im Industriegebiet von Neuss breiten sich auf 250 Quadratmetern Büroräume, Aktenarchiv und Lager für Plakatständer aus. Hier residiert Rechtsanwalt Friedrich-Wilhelm Mehrhoff. Seit 18 Jahren Geschäftsführer und Alleinherrscher des Verbandes. Seine Aufgaben seien umfangreich, sagt er: Beratung der Mitglieder, Kontakte zu Politikern, Pharmaindustrie und den 460 Regionalgruppen, Vorträge in der Provinz - Gehalt wie auch Reisekosten seien dem angemessen. Beim Thema Personalkosten zögert er, die Gesamtsumme von 330 000 Euro aufzuschlüsseln. Eine Buchhalterin und fünf Teilzeitkräfte, wie Telefonistin und Packer, arbeiten in der Zentrale - für acht bis zwölf Euro die Stunde. Bleibt für Mehrhoff mehr als ein Drittel der Summe als Gehalt übrig.

Angemessen oder nicht? Als Geschäftsführer einer mittelständischen Firma läge er laut Vergütungsvergleich der Unternehmensberatung Kienbaum im Einkommens-Mittelfeld. Doch für karitative und soziale Verbände müssten andere Maßstäbe gelten als in der freien Wirtschaft, wird beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband betont, zu dessen Mitgliedern auch der dPV gehört. Die Messlatte liefere hier der öffentliche Dienst. Mit BAT eins bis zwei sei dem sparsamen Umgang mit Spenden und Beiträgen hinreichend Rechnung getragen. Das entspräche einem Jahresbruttogehalt von 60 000 Euro. Mehrhoffs Kollege vom etwa gleich großen Bundesverband Körper- und Mehrfachbehinderte muss mit diesem Betrag auskommen. Der Neusser Anwalt orientiert sich dagegen lieber an Kienbaum. Dessen Vergütungsvergleich für Geschäftsführer sozialer und politischer Verbände reicht von 60 000 bis 120 000 Euro.

Etwa drei Millionen Bürger engagieren sich in rund 100 000 Selbsthilfegruppen. Trotz des Engagements ihrer Mitglieder birgt eine zunehmende Professionalisierung dieser expandierenden Dienstleistungsbranche die Gefahr zu großer Bürokratie. Angesichts knapper Staatszuschüsse müssen die Organisationen mit jedem Cent rechnen. Auch der dPV verbucht seit drei Jahren Verluste von gut einer halben Million Euro bei Einnahmen von 1,6 Millionen pro anno. Über den sparsamen Umgang mit dem Geld wachen auf dem Papier Vorstand, Wirtschafts- und Kassenprüfer, das Berliner Spendensiegel-Institut DZI und nicht zuletzt das Finanzamt, das über einer Grenze von 50 Prozent des Verwaltungskostenanteils an den Einnahmen die Gemeinnützigkeit verweigert. Bei 35 Prozent Anteil liegt hingegen die Latte des DZI für das begehrte Qualitätssiegel. Mehrhoff hat es zuletzt vor drei Jahren beantragt: "Die Anforderung, eine handelsrechtliche Bilanz aufzustellen, würde eine zusätzliche Buchhalter-Stelle erforderlich machen", begründet er die Zurückhaltung.

### Kritik ist "unverschäm"

Für den Körperbehindertenverband dagegen ist das Siegel eine Selbstverständlichkeit. Da wir ohnehin die Bücher führen müssen, heißt es dort zum Aufwandsargument, "machen wir's gleich richtig". Beide Verbandsspitzen sind darin erfahren, Verwaltungskosten als "Erfüllung einer satzungsgemäßen Aufgabe" zu deklarieren. Damit fallen sie aus der Relationsrechnung heraus.

Vor einiger Zeit hatte der damalige Verbandskassierer Ernst Geweke versucht, "den Wildwuchs" bei den Kosten zu beschneiden. "Da mir als Banker einige Posten im Rechenschaftsbericht erhebliche "Bauchschmerzen" bereitet hatten. "Nach einem Jahr als Schatzmeister kann ich nur die Feststellung treffen: Ich bin auf der ganzen Linie gescheitert." Der neue Vorstand sieht es anders: er wertet die Kritik der Basis schlicht als "Unverschämtheit".